



Kann Raumplanung Menschen vor Einsamkeit bewahren?

Am Europäischen Tag der Generationensolidarität, dem 29. April, diskutierten die SP60+ und die JUSO beider Basel über Einsamkeit. Moderatorin Julie von Büren befragte den Psychotherapeuten Udo Rauchfleisch, die Psychologin Tamina Graber und den Soziologen und Stadtgeografen Ivo Balmer dazu, ob und wie Raumplanung zwischenmenschliche Beziehungen fördern kann.

Udo Rauchfleisch beschrieb Einsamkeit als Lücke zwischen erwarteten und tatsächlichen Beziehungen. Auch in Gesellschaft kann man sich einsam fühlen – entscheidend ist die Qualität der Beziehungen. Die Ursachen für Einsamkeit sind dabei vielfältig: Krankheit, Armut, Trennung, der Tod eines geliebten Menschen oder die Suche nach Identität. Besonders die Pandemie habe das Problem verschärft. «Ohnmachtsgefühle machen einsam», so Rauchfleisch.

Einsamkeit betrifft alle

Tamina Graber betonte, dass viele Frauen, insbesondere Mütter, im Alltag vereinsamen: «Alleinsein muss selbst gewählt sein – sonst macht es einsam.» Es brauche Räume für ungezwungene Begegnungen. Udo Rauchfleisch ergänzte, dass Einsamkeit in der queeren

Community weit verbreitet sei. Diskriminierung oder die Angst, sich zu seiner Identität zu äussern, verschliessen Teile des Lebens und führen zu Einsamkeit. Lange galt Einsamkeit als Problem älterer Menschen. Dabei sind auch Jugendliche stark betroffen. Die Auswirkungen unterscheiden sich, aber das Gefühl ist altersübergreifend. Auch Raum- und Städteplanung beeinflussen, ob Menschen sich einsam fühlen. Architektur kann sogar kommunikationsfeindlich sein, wenn sie den Austausch verhindert.

Wie Wohnformen helfen können – und wo ihre Grenzen liegen

Ivo Balmer ist am Bauprojekt auf dem ehemaligen Coop-Zentrallager in Pratteln beteiligt. Die Siedlung bietet vom Einzelapartment über Familienwohnungen bis zum

Hallenwohnen gemeinschaftliches Wohnen. Balmer betonte, dass die Planer:innen ein gesellschaftliches Verständnis von Einsamkeit brauchen, bevor sie ein Modell für Gemeinschaftlichkeit wählen. Entscheidend ist, wie die Bewohner:innen die Strukturen nutzen. Nicht alles lässt sich baulich fördern. Gemeinschaft müsse von den Bewohner:innen getragen werden, meinte auch Udo Rauchfleisch. Dazu müssen die Bewohner:innen einbezogen werden, ergänzte Tamina Graber. Damit soziale Räume wirken, müssen sie zugänglich und nutzbar sein.

Mehr als Architektur

Ein Quartier sei nicht fertig, wenn der Bau abgeschlossen ist – alles beginnt erst mit dem Zusammenleben. Menschen dürfen nicht aus ihren vertrauten sozialen Netzen herausgerissen werden. Räume ohne Konsumzwang, Austausch und Vertrautheit seien essenziell. Wichtig auch, die Einsamkeit als Querschnittsthema ernst zu nehmen. Gute Architektur allein genüge nicht. Es brauche auch faire Arbeitsbedingungen, gute Kinderbetreuung und bezahlbare Wohnungen.



Die Delegiertenversammlung hat Julia Baumgartner (Mitte) als Präsidentin sowie Thomas Fastermann und Barbara Heer als Vizepräsidium am 22. Mai 2025 einstimmig gewählt.

Der Unsicherheit im Grossen begegnen wir mit Sicherheit im Kleinen

Zum Start als neues Präsidium der SP Basel-Stadt möchten wir euch aufzeigen, welche politische Reise wir anstreben. Ein wichtiger Eckpfeiler ist für uns die Sicherheit – im Sinne eines umfassenden Sicherheitsbegriffs. Wir wollen sozialdemokratische Werte stärken und weiterentwickeln. Zusammen mit euch, den Mitgliedern der SP Basel-Stadt.



Julia Baumgartner,
Präsidentin SP Basel-Stadt

An der Jahresdelegiertenversammlung vom 22. Mai 2025 wurden wir – Julia Baumgartner (Präsidentin), Thomas Fastermann und Barbara Heer (Vizepräsidium) – als neues Präsidium der SP Basel-Stadt gewählt. Wir danken euch herzlich für das entgegengebrachte Vertrauen. Es ist uns eine grosse Ehre, Verantwortung für diese Partei zu übernehmen – und wir freuen uns sehr auf die bevorstehende Arbeit mit euch allen.

Wir leben in einer Zeit grosser gesellschaftlicher Herausforderungen. Die Klima-

krise bedroht unsere Existenz, die soziale Ungleichheit nimmt zu, rechte und antidemokratische Kräfte erstarben weltweit und die Rechte von Queers und Migrant:innen geraten zunehmend unter Druck. Diese Entwicklungen verunsichern – und sie verlangen klare, sozialdemokratische Antworten.

Als SP Basel-Stadt wollen wir dieser Unsicherheit im Grossen mit Sicherheit im Kleinen begegnen – mit konkreten Verbesserungen im Alltag, im Quartier, in der Schule und am Arbeitsplatz. Für uns heisst das: bezahlbarer Wohnraum, sichere Schulwege, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Löhne, von denen man leben kann, gute Betreuung für ältere Menschen sowie eine Klimapolitik, die gerecht ist und niemanden zurücklässt. Und wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen diskriminierungsfrei und



Michael Waser



Michael Waser

Die Delegierten kamen zahlreich zur Jahresversammlung, an der das neue Präsidium gewählt wurde (oben).

Die AphaSingers sind ein Chor von Menschen mit sprachlicher Beeinträchtigung. Sie haben die Jahresdelegiertenversammlung eröffnet.

selbstbestimmt leben können. Wir kämpfen für einen Kanton, in dem alle dazugehören.

Wir sind überzeugt: Eine starke Linke entsteht nicht allein durch gute Sachpolitik, sondern durch gelebte Solidarität.

Ein politisches Zuhause schaffen

Die SP Basel-Stadt soll ein politisches Zuhause sein für alle, die von Diskriminierung, Ausgrenzung oder Armut betroffen sind, und für alle, die sich für soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe einsetzen. Das bedeutet für uns auch: Wir müssen noch gezielter auf Menschen zugehen, die bisher zu wenig Gehör finden. Menschen, die Schicht arbeiten, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Migrationsgeschichte, Menschen, die trotz Arbeit am Existenzminimum leben.

Demokratie lebt vom Mitmachen – und dafür müssen wir Räume schaffen. Räume, in denen offen diskutiert werden kann, auch kontrovers, aber immer respektvoll. Ohne Angst, etwas Falsches zu sagen. Mit dem gemeinsamen Willen, weiterzukommen. Wir wollen eine Partei sein, die zuhört, die mobilisiert und die sichtbar ist – auf der Strasse, im Quartier, im Grossen Rat, im National- und Ständerat und im Regierungsrat.

Gemeinsam vorwärts

Für die nächsten Monate und Jahre haben wir uns Grosses vorgenommen. Unser Ziel

ist klar: Wir wollen 2028 die linke Mehrheit im Grossen Rat und im Regierungsrat holen. Dafür müssen wir als Partei noch sichtbarer werden – nicht nur im Wahlkampf, sondern kontinuierlich, mit klaren, verständlichen und nahbaren Positionen. Wir wollen die Vielfalt stärken – nach innen wie nach aussen. Das heisst: eine Parteikultur, die einlädt und Partizipation ermöglicht. Eine Partei, die die Vielfalt unserer Gesellschaft abbildet. Und eine Organisation, in der auch jene Stimmen Platz finden, die sonst oftmals überhört werden.

Und: Wir wollen die SP als Bewegung weiterentwickeln; mit transparenten Prozessen, einer lebendigen Diskussionskultur, guter Zusammenarbeit zwischen Quartiervereinen, Sachgruppen, Parteiorganen und Mandatsträger:innen – mit dem klaren Fokus auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen in diesem Kanton.

Die grossen Herausforderungen lassen sich nur gemeinsam bewältigen. Wir wollen das Vertrauen, das ihr uns geschenkt habt, nutzen, um die SP Basel-Stadt als starke, solidarische Kraft weiterzuentwickeln. Wir freuen uns auf viele Begegnungen, auf spannende Diskussionen – und auf das gemeinsame Engagement für einen sozialen, ökologischen und gerechten Kanton!

GEMEINDERATSWAHLEN RIEHEN

Zeit, die Zukunft zu gestalten



Martin Leschhorn Strebel und Anna Verena Baumgartner wollen anstelle von Guido Vogel in den Gemeinderat, damit dort die stärkste Partei in Riehen endlich mit zwei Sitzen vertreten ist.

Millionendefizite und politische Verweigerungshaltung beim Anpacken der Herausforderungen in der Familien- oder Verkehrspolitik: Mit der bürgerlichen Mehrheit im Gemeinderat seit 2010, die 2022 nochmals deutlich weiter nach rechts rutschte, ist die Gemeinde in eine Krise geschliefwandelt. Diese bürgerliche Mehrheit hat ihre primäre Aufgabe nicht darin gesehen, Konzepte für eine nachhaltige Zukunft der Gemeinde vorzulegen, sondern in dauernder Abgrenzung zu einer herbeigeredeteten rot-grünen Politik im Kanton.

Die Gemeindewahlen vom 19. Oktober 2025 können nun den Politikwechsel einläuten. Und die SP Riehen hat dazu zwei Kandidierende nominiert. Nach 12 Jahren wird Gemeinderat Guido Vogel nicht mehr antreten. Mit Anna Verena Baumgartner und Martin Leschhorn Strebel tritt die SP mit zwei starken, äusserst engagierten Kandidierenden an. Ihr Statement ist klar: «Wir wollen Riehener Errungenschaften verteidigen – und wir wollen Riehen sozial und ökologisch gestalten.»



Jetzt den Wahlkampf der SP unterstützen und für eine oder mehrere Telefonaktionen anmelden!



Tomoko Latteier,
für die SP Frauen
Basel-Stadt

Klebend laut – das mobile Tattoo-Studio am feministi- schen Streiktag



Tamina Graber

Mehr als 15 000 Personen gingen bei Sommerhitze auf die Strasse zum feministischen Streiktag! Doch uns ist nicht nach Feiern zumute: Die Schweiz zählt 2025 bereits 14 Feminizide, und der Alltag von Frauen und queeren Menschen ist geprägt von Diskriminierungen – sei es durch Catcalling, fehlendes Ernstnehmen oder zunehmende Angriffe auf unsere Grundrechte wie den Mutterschutz. Wir sind hässig! Unter dem Motto «Gewalt benennen, Wut bündeln, im Widerstand verbünden» nahmen Tausende die Strassen Basels ein und machten deutlich: Wir haben genug – es muss sich etwas ändern.

Auch die SP-Frauen Basel-Stadt waren wieder mit dem fahrenden Tattoo-Studio mitten drin! Am Morgen bauten, bemalten und dekorierten wir unser Studio. Ab dem Mittag ging es dann los: Auf dem Barfüsserplatz und während der Demonstration beklebten wir unzählige Menschen mit feministischen Tattoos!

BÜRGERGEMEINDE

Verpasste Chance für mehr Demokratie!

Mit der Ablehnung der vom Bürgerrat vorgeschlagenen Senkung der nötigen Unterschriftenzahl für Initiativen und Referenden hat der Bürgergemeinderat eine historische Chance verpasst. Die SP-Fraktion ist enttäuscht über diese Entscheidung, die eine dringend nötige Stärkung der Volksrechte innerhalb der Bürgergemeinde verhindert.



Nino Russano, Bürger-
gemeinderat und
Vizefraktionspräsident

Meine «kleine Anfrage» (Pendant zu einer schriftlichen Anfrage im Grossen Rat) hat den Bürgerrat dazu veranlasst, dem Bürgergemeinderat eine Senkung der nötigen Anzahl Unterschriften für Initiativen und Referenden vorzuschlagen. Diese hätte für Initiativen von 2000 auf 1400 und für Referenden von 1000 auf 700 Unterschriften gesenkt werden sollen. Damit hätte sich die Bürgergemeinde in Bezug auf das Verhältnis zwischen Anzahl Stimmberechtigten und den geforderten Unterschriften an den kantonalen Standard angenähert – ein kleiner, aber bedeutender Schritt für mehr demokratische Teilhabe.

Doch dazu kam es nicht. Bei einem Patt von 16 Ja- und 16 Nein-Stimmen sowie einer Enthaltung fällte die Präsidentin den Stichentscheid – gegen die Vorlage. Ein Entscheid, der für die SP-Fraktion nicht nachvollziehbar ist. «Die direkte Demokratie in der Bürgergemeinde hätte gestärkt werden können. Die Ablehnung ist eine verpasste Chance», bringt Fraktionspräsident Alex Klee die Enttäuschung auf den Punkt.

Beteiligung ermöglichen, nicht verhindern

Die geltenden Hürden sind angesichts der lediglich rund 45 000 stimmberechtigten Personen in der Bürgergemeinde deutlich zu hoch. Das zeigt sich auch darin, dass seit Einführung des Initiativrechts im Jahr 1985 nur ein einziges Begehren eingereicht – und dieses erst noch für ungültig erklärt wurde. Der Bürgergemeinderat hat mit seiner Ablehnung diese offensichtlich zu hohe Hürde zur Beteiligung noch zementiert. In einer Zeit, in der das Vertrauen in politische Prozesse zunehmend erodiert, bräuchte es klare Zeichen für mehr demokratische Teilhabe der Menschen, nicht weniger.

Politisches Taktieren statt inhaltlicher Debatte

Besonders stossend ist die Begründung der Ablehnung. Die Aufsichtskommission des Bürgergemeinderats kritisierte den fehlenden politischen Auftrag. Doch dieses Argument ist nicht haltbar: Die geltende Gemeindeordnung ermächtigt den Bürgerrat ausdrücklich, eigenständig Reformen und Gesetzesanpassungen zu initiieren. Der Verweis auf formale Gründe ist daher vorgeschoben – und offenbart letztlich eine politische Haltung, die grundsätzlich jede Ausweitung der Mitbestimmung verhindern will.

Wäre es den Bürgerlichen tatsächlich um die Höhe der Quoren gegangen, hätten konstruktive Gegenvorschläge eingebracht werden können. Doch statt ernsthafter Diskussion überwog das ideologische Kalkül. Die Bürgerlichen haben offenbar Angst vor der demokratischen Teilhabe der Bevölkerung.

Die SP bleibt dran

Wir fordern nachvollziehbare, faire und zeitgemässe Rahmenbedingungen, damit die Bürgergemeinde ein Ort echter Mitsprache wird. Die Ablehnung des Antrags zeigt, wie wichtig und dringend unser Engagement ist. Die SP-Fraktion wird weiter Druck machen – im Bürgergemeinderat, im Bürgerrat und gegenüber der Öffentlichkeit. Denn unsere Vision ist klar: Eine Bürgergemeinde, in der sich alle Menschen einfach, niederschwellig und wirksam einbringen können.

Die Bürgerlichen
haben offenbar
Angst vor der demo-
kratischen Teilhabe
der Bevölkerung.



Arbeit im Wandel – das Bildungsweekend 2025

Gute Arbeitsbedingungen sind ein zentrales Anliegen der Sozialdemokratie. Dazu gehören angemessene Löhne, Sicherheit am Arbeitsplatz und Schutz vor Diskriminierung. Ebenso wichtig sind das Recht auf gewerkschaftliche Organisation, die Möglichkeit zur persönlichen Entwicklung und zur sozialen Integration.

Doch die Arbeitswelt steht unter Druck. Globalisierung, technologischer Fortschritt und demografische Entwicklungen haben die Organisation von Produktion und Dienstleistungen auf allen Ebenen tiefgreifend verändert – in der Schweiz wie weltweit. Einkommensungleichheiten wachsen stetig, die Arbeitsverhältnisse werden prekärer und die Diskriminierung nimmt zu. In globalen Lieferketten werden grundlegende Arbeitsrechte oft untergraben.

Welche Bedeutung hat die Arbeit für die SP und was sind unsere politischen Visionen? Wie wandelt sich Arbeit, auch im Kontext der Globalisierung? Wie ist die Arbeit in der Schweiz organisiert? Welche Rechte haben wir als Arbeitnehmer:innen in der Schweiz – und wie können wir sie stärken?

Diese und viele weitere Fragen diskutieren wir am diesjährigen Bildungsweekend zum Thema Arbeit. Von Freitag 22. bis Sonntag, 24. August schaffen wir gemeinsam Raum für Weiterbildung, anregende Diskussionen und die Entwicklung von Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit.

Das Programm des Bildungsweekends

Die Beiträge sind vielfältig: **Jacqueline Kalbermatter**, Postdoc an der Uni Basel, beleuchtet die Rolle der Migrationspolitik in kapitalistischen Gesellschaften und stellt dabei den Bezug zu Lohnarbeit und Prekarisierung her. **Jakob Tanner**, emeritierter Geschichtswissenschaftler, zeigt, wie sich die soziale Zusammensetzung der Arbeiter:innenklasse verändert, welche Herausforderungen dies birgt und was das mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus zu tun hat. **Anina Dalbert**, Juristin bei Public Eye, spricht über die Ausweitung von Menschen- und Arbeitsrechten in globalen Produktionsketten und die Verantwortung von Unternehmen, auch in der Schweiz. **Kurt Pärli**, Professor für soziales Privatrecht an der Uni Basel, veranschaulicht, wie die Ausbreitung von Plattformarbeit und die Prekarisierung von Beschäftigten Hand in Hand gehen.

Auch feministische und gewerkschaftliche Perspektiven kommen nicht zu kurz: Mit **Julia Baumgartner**, Präsidentin der SP Basel-Stadt, diskutieren wir über die Bedeutung und Verteilung von Care-Arbeit – und über unsere politischen Forderungen dazu. **Tania**

Cucè, Vizepräsidentin der SP Baselland und Co-Präsidentin des VPOD Region Basel, diskutiert mit uns die Funktion und Perspektiven der Gewerkschaften im Lichte der Veränderungen der (bezahlten) Arbeit.

Im Workshop von **Janine Oberli**, Co-Präsidentin JUSO BL, und **Nils Jocher**, Präsident SP BL, stellen wir uns eine grundsätzliche Frage: Warum sind wir Sozialdemokrat:innen?

Bist du dabei?

Das Bildungsweekend findet im Freizeithaus Walten in Läuelfingen statt. Teilnehmen kann man am gesamten Wochenende inklusive Übernachtung oder auch nur an einzelnen Tagen. Neben den spannenden Inputs und Diskussionen freuen wir uns auf gemeinsame Abende, gutes Essen und Spaziergänge in der schönen Umgebung.

Melde dich jetzt an –

auf www.sp-bl.ch/bildungsweekend oder per Mail an info@sp-bl.ch. Weitere Infos und das genaue Programm findest du ebenfalls auf der Website. Bei Fragen wende dich gerne ans Sekretariat. Wir freuen uns auf spannende Gespräche, neue Perspektiven und ein inspirierendes Wochenende mit euch!

AG Bildungsweekend (Katja Schwab, Julie von Büren, Viktor Moser, Susanne Leutenegger Oberholzer, Céline Gass, Matthias Stöckli, Nils Jocher und Yasmine Perrinjaquet)

Delegiertenversammlung und Sommerfest

Am Samstag, 21. Juni, kamen die Delegierten der SP Baselland in Liestal zusammen. Neben den Parolen für die Abstimmungen vom September beschlossen die Delegierten den Initiativtext zur kantonalen Erbschaftssteuerinitiative. Schliesslich gerät die Kaufkraft der Menschen zunehmend unter Druck, während die Vermögensungleichheit in unserem Kanton stetig wächst: Seit den 1990er-Jahren ist der Anteil des reichsten einen Prozents

am Gesamtvermögen von 30 auf 44 % angestiegen. Erbschaften tragen bedeutend zum Vermögen reicher Haushalte bei: 75 % der 300 reichsten Personen in der Schweiz haben ihr Vermögen geerbt. Ausserdem braucht unser Kanton einen finanziellen Handlungsspielraum zur Entlastung von Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen. Genau deshalb haben die Delegierten einen Initiativtext verabschiedet, der eine moderate

Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen ab einem Freibetrag von 2 000 000 Franken fordert. Die Initiative wird im Verlauf des Sommers publiziert, und dann kann es mit der Sammlung losgehen. Den Unterschriftenbogen wirst du per Post erhalten!

Im Anschluss an die Versammlung haben wir am Sommerfest auf den Sommer angestossen. Hier ein paar Eindrücke von Delegiertenversammlung und Fest.



Bilder: Yasmine Perrinjaquet



Wiedergutmachung als nachhaltige Konfliktlösung

Immer öfter setzt die Baselbieter Jugendanwaltschaft bei bestimmten Delikten auf Mediation – eine Form der Konfliktlösung, die nicht auf Strafe, sondern auf Verständigung abzielt. Ziel ist es, eine nachhaltige Wiedergutmachung zu erreichen. Mediationen kommen etwa bei Ehrverletzungen, Gewaltdelikten oder Sexualstraftaten vor. Im Jahr 2024 wurden im Baselbiet rund 3 % aller Verfahren so abgeschlossen. Damit sind wir in der Deutschschweiz einer der Kantone mit den meisten Mediationen. Das Potenzial ist aber noch nicht ausgeschöpft.



Kathrin Schweizer,
Regierungsrätin

Der Nutzen von Mediationen lässt sich an einem konkreten Fall besonders gut veranschaulichen: Zwei Kinder streiten sich auf dem Schulweg. Nach gegenseitigen Beschimpfungen eskaliert die Situation: Erst wird geschubst, dann getreten. In der Folge wird gekickt, gespuckt und an den Haaren gerissen. Zuhause erzählt der eine seinen Eltern aufgebracht, dass er vom anderen angegriffen wurde. Die Familie entscheidet sich, Anzeige zu erstatten. Kurz darauf wird der andere Bub vorgeladen – das Kind und besonders seine Eltern sind schockiert und erstatten im Rahmen der Einvernahme eine Gegenanzeige. Schliesslich sei ihr Sohn ja ebenfalls angegriffen worden. Beide Kinder wurden polizeilich zur Sache befragt. Der Sachverhalt ist so weit klar. Wie geht es nun weiter?

Der klassische Weg: Strafe

Hält man nun die «Schablone des Rechts» darüber, werden beide Kinder in einem Strafbefehl wegen Tätlichkeiten und Beschimpfung verurteilt. Als Strafe müssen beide für ihr Fehlverhalten an freien Nachmittagen arbeiten gehen, etwa Karotten schälen in einem Altersheim. Damit ist der Fall formell korrekt abgeschlossen: Der Sachverhalt ist geklärt, die Schuldfrage beurteilt, die Strafe vollzogen – wie vom Gesetz vorgesehen.

Doch ist der Konflikt damit wirklich gelöst? Wirkt die Strafe? Die juristische Abhandlung kümmert sich ja nicht um die Ursache der Auseinandersetzung.

Mediation: Konflikte wirklich verstehen

Genau hier setzt die Mediation an. Im Rahmen einer solchen kommen die Kinder auf neutralem Terrain beim Mediator zusammen. Es ist nicht relevant, ob beide Anzeige erstattet haben oder nur eine Partei. Ob eine Mediation stattfindet, entscheiden die Beteiligten selbst – insbesondere die Opfer. Sonst wird das Verfahren wie üblich mit einem Urteil der Jugendanwältin oder des Jugendanwalts abgeschlossen. In einer Mediation wird genau hingeschaut: Welche Themen und Missverständnisse stehen hinter dem Delikt? Die Parteien bekommen die Möglichkeit, die Sichtweise des anderen zu verstehen und sich womöglich sogar in die andere Person hineinzusetzen.

Lösungen für die Zukunft

Ziel ist es, gemeinsam Lösungen und Regelungen zu finden, um Wiederholungen zu vermeiden. In einer Mediation können sich Kinder und Jugendliche darauf einigen, wie sie in Zukunft besser miteinander umgehen wollen. Sie lernen dazu, wie man Konflikte löst – nicht um Schuld zu verteilen, sondern um Frieden zu schaffen. In vielen Fällen gelingt das. Die Kinder können sich wieder in die Augen schauen und haben bei weiteren Begegnungen kein Unbehagen mehr. Sie haben den dahinterstehenden Konflikt – oft ausgelöst durch scheinbare Kleinigkeiten wie ein Foul beim Fussball – bestmöglich aufgearbeitet und bewältigt.

Eine Mediation ist manchmal mehr als ein juristischer Fallabschluss. Sie schafft Raum für Verständigung, ermöglicht echte Wiedergutmachung und kann vor Wiederholung schützen. Vor allem aber gibt sie Kindern und Jugendlichen Werkzeuge in die Hand, um Konflikte friedlich zu lösen. Aus diesem Grund wollen wir das Potenzial der Mediation im Baselbiet künftig noch gezielter nutzen und weiter ausschöpfen.

SP Muttenz lanciert Petition für Tempo 30



Die SP Muttenz hat eine Petition lanciert, die eine Verkehrsberuhigung auf der Hauptstrasse und der Baselstrasse fordert. Die beiden Strassen befinden sich im Dorfzentrum und werden von vielen Menschen auch zu Fuss oder mit dem Fahrrad genutzt. Da das Primarschulhaus Breite gleich hinter der Hauptstrasse liegt und mit der Verlegung der Musikschule in das Mittenza zusätzliche Kinder im Quartier unterwegs sind, werden beide Strassen auch rege als Schulwege genutzt. Aktuell sind die Kinder einem hohen Risiko ausgesetzt und viele Eltern sprachen Amtsträger:innen der SP Muttenz bereits auf die Gefahren des Schulwegs an. Aus diesem Grund möchten wir mit der Petition der Bevölkerung eine Möglichkeit bieten, ihre Sorgen zum Ausdruck zu bringen, und die Gemeinde auffordern, zu handeln und die Verkehrssituation zu entschärfen. Mit der Temporeduktion auf 30 Stundenkilometer würden darüber hinaus auch die Lärmemissionen sinken, was die Anwohner:innen entlastet. Die Petition findet grossen Anklang bei der Bevölkerung, insbesondere bei Eltern von schulpflichtigen Kindern. Wir freuen uns, über den Sommer noch mehr Unterschriften zu sammeln, um die Petition anschliessend pünktlich zum Schulstart einreichen zu können.

Julie von Büren, Co-Präsidentin SP Muttenz



scanne mich

Die Petition kann via QR-Code oder auf der Website der SP Muttenz unterzeichnet werden.

AUS DEM GROSSEN RAT

Basel-Stadt übernimmt Verantwortung – mit Weitblick und Wirkkraft



Mahir Kabakci,
Grossrat

Mit dem Gegenvorschlag zur 1%-Initiative gegen globale Armut hat der Grosse Rat ein starkes Zeichen gesetzt: Die Beiträge für die internationale Zusammenarbeit werden bis 2029 schrittweise auf den international anerkannten Zielwert von 0,7 % der Steuererträge erhöht. Für wirtschaftlich schwierige Jahre ist eine Mindestquote von 0,3 % festgelegt – das schafft finanzielle Planungssicherheit und Verlässlichkeit. Damit wird Basel-Stadt zu einem der Kantone mit den höchsten Beiträgen in diesem Bereich – ein grosser sozial-

demokratischer Erfolg, der zeigt: Wir meinen es ernst mit globaler Gerechtigkeit.

Klassischer Links-rechts-Zwist

In der Regiokommission war der Weg dorthin hart umkämpft. Es war ein klassisches Ringen zwischen links und rechts: Wir von der SP forderten einen verbindlichen Beitrag in Form einer Quote – idealerweise 0,7 % –, da wir ahnten, dass die Initiative selbst im Rat keine Mehrheit finden würde. Die Gegenseite hingegen strebte möglichst vage Vorgaben ohne gesetzliche Verankerung an. Doch wir blieben hartnäckig, führten sachlich, aber entschlossen unsere Argumente ins Feld – mit dem Ziel, nicht bloss Symbolpolitik zu betreiben, sondern konkrete Wirkung zu erzielen. Und wir konnten schliesslich einen deutlichen Fortschritt gegenüber dem Status quo verankern.

Bekenntnis zu globaler Solidarität

Das Ergebnis ist mehr als ein Kompromiss: Es ist ein klares Bekenntnis zu globaler Solidarität – konkret, finanziell unterlegt und politisch wegweisend. Basel-Stadt übernimmt Verantwortung dort, wo der Bund seit Jahren zu wenig tut. Denn eigentlich wäre die Entwicklungszusammenarbeit Bundesaufgabe. Doch während auf nationaler Ebene gezögert wird, geht Basel mutig voran.

Jetzt gilt es, diesen Fortschritt auch auf Bundesebene einzufordern. Wir erwarten, dass der Bund seiner Pflicht endlich nachkommt – mit verbindlichen Zielen und ausreichenden Mitteln. Denn globale Armut lässt sich nur gemeinsam bekämpfen.

Die SP steht ein für Gerechtigkeit über Grenzen hinweg – und für eine Schweiz, die hinschaut, Verantwortung übernimmt und handelt!

AUS DEM LANDRAT

ÖV-Ausbau fürs Baselbiet



Jan Kirchmayr, Landrat
und Vizefraktionspräsident,
Aesch

Alle vier Jahre beschliesst der Landrat das ÖV-Angebot für die kommenden Jahre. Wir diskutieren darüber, welche Linien neu angeboten werden und in welchem Takt die bestehenden Linien verkehren sollen.

Wenn es im Landrat um den öffentlichen Verkehr geht, haben wir folgende drei Punkte immer im Fokus. Erstens: Der ÖV ist zuverlässig und pünktlich, insbesondere der schienengebundene Verkehr. Die Züge und die Trams bringen die Pendlerinnen und

Pendler schnell von A nach B. Der zweite Punkt ist die Flächeneffizienz: Für die riesige Anzahl Leute, die Bus, Zug und Tram transportieren, braucht es ungemein wenig Fläche – im Vergleich zu einem Auto mit seinen durchschnittlich 1,1 Insassen, das im Pendlerverkehr im Stau steckt. Der ÖV ist drittens zugänglich für alle – sofern man sich das Billett leisten kann. Zugänglich für Kinder und Jugendliche, die in eine weit entfernte Schule oder dorthin müssen, wo sie die Lehre machen – aber auch für Seniorinnen und Senioren, die nicht mehr Auto fahren können oder wollen, und ebenso für Menschen mit einer Behinderung.

Bedeutende Verbesserungen erzielt

Für die SP-Fraktion ist es wichtig, für ein gutes ÖV-Angebot nicht nur vor der eigenen

Haustüre, sondern im ganzen Kanton zu kämpfen. In der Kommission und im Landrat konnten wir beispielsweise erreichen, dass der Kanton die Ortsbusse Bottmingen/Oberwil und Pratteln anbietet, dass alle Baselbieter Gemeinden, insbesondere auch jene im Laufental und im oberen Baselbiet, nach 21 Uhr noch mindestens eine Busverbindung erhalten, und dass die S-Bahn Basel–Liestal ab dem Fahrplanwechsel im Dezember im Viertelstundentakt fährt.

Neben dem guten Angebot ist matchentscheidend, dass der ÖV von möglichst allen Baselbieterinnen und Baselbütern genutzt werden kann. Dazu gehört, dass er für alle bezahlbar bleibt. Ich freue mich deshalb sehr, dass die unter anderem von der JUSO lancierte Initiative für ein bezahlbares U-Abo für Jugendliche mittlerweile eingereicht wurde.